

Sozialversicherungen



Unsere Sozialversicherungen sind eine der wichtigsten Errungenschaften unseres Staats. Sie geben uns die Sicherheit, dass wir in persönlichen Krisen versorgt sind: Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit. Und sie gewährleisten auch eine Grundversorgung im Alter. Damit verschaffen sie uns auch die Freiheit, einmal ein privates oder berufliches Risiko einzugehen. Als wichtige Säule der Sozialen Marktwirtschaft trugen die Sozialversicherungen in der Vergangenheit elementar zum Erfolg Deutschlands bei. Trotzdem sind die Sozialkassen in eine Schieflage geraten. Die gesetzliche Rentenkasse kann nur noch durch milliardenschwere Transfers aus dem Bundeshaushalt stabilisiert werden. Dabei stehen uns die größten demografischen Probleme erst noch bevor – und zwar unmittelbar. Wenn wir unsere Sozialversicherungssysteme auch langfristig erhalten wollen, müssen wir jetzt handeln!

Unser Ziel: Sozialabgaben unter 40 Prozent halten.

Unsere Vorschläge:

Zur Rentenversicherung

Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln:

Die Menschen werden immer älter. Und das ist eine richtig gute Nachricht. Trotzdem macht es für unser Rentensystem einen großen Unterschied, ob man bei gleicher Zeit im Arbeitsleben, danach 10, 20, 30 oder mehr Jahre Rente bezieht. Nur wenn wir das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln, können wir das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern so stabilisieren,

dass die gesetzliche Rentenversicherung finanzierbar bleibt.

Doppelte Haltelinie auslaufen lassen:

Mit dem Rentenpaket 2018 wurde die sogenannte doppelte Haltelinie bis 2025 eingeführt. Das Rentenniveau darf bis dahin nicht unter 48 Prozent sinken und der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen. Falls die Politik die Haltelinien über 2025 hinaus verlängern sollte, werden die Kosten stark ansteigen, da

dann die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in Rente gehen und relativ wenige Jüngere als Beitragszahler nachrücken. Um die Lasten des demografischen Wandels möglichst gerecht auf alle Generationen zu verteilen, sollte deshalb an der früheren Grenze für das Rentenniveau von 43 Prozent festgehalten werden. Die Renten werden auch dann weiter steigen, nur etwas langsamer. Ein Sinken der Renten ist und bleibt gesetzlich ausgeschlossen.

Rente mit 63 abschaffen:

Die von der Großen Koalition beschlossene abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte hat sich als Fehlläufer entpuppt. Denn statt Arbeitnehmern Erleichterung zu verschaffen, die besonders harte körperliche Arbeit leisten, profitieren vor allem Büroangestellte und gut verdienende Facharbeiter von der Regelung. Natürlich soll wie früher auch jeder nach 45 Beitragsjahren in Rente gehen können, aber dann eben mit Abschlägen. Denn das Frührentenprivileg wird von allen Arbeitnehmern, Arbeitgebern, den anderen Rentnern und den Steuerzahlern teuer bezahlt. Bei einer Abschaffung dieses Privilegs könnte der Beitragsatz bis Ende des Jahrzehnts auf dem heutigen Niveau von 18,6 Prozent stabilisiert werden, statt auf 19,1 Prozent zu steigen. Bereits 2025 würden so die Beitragszahler um rund 8 Milliarden Euro entlastet. Bei einem Durchschnittsverdiener mit 4.000 Euro Bruttolohn wären das jährlich 240 Euro weniger Sozialabgaben für ihn und seinen Arbeitgeber. Auch auf das Rentenniveau würde sich die Abschaffung positiv auswirken: Ein Rentner mit Bruttostandardrente würde im Jahr 2030 insgesamt 384 Euro mehr Rente bekommen.

Erwerbsminderungsrente:

Ein wichtiges Wesen der Sozialen Marktwirtschaft ist es denjenigen zu helfen,

die leisten wollen, aber nicht können. Deshalb müssen wir auch denjenigen, die sich kaputtgearbeitet haben, eine angemessene Rente zahlen. Der Dachdecker, dessen Rücken krumm ist, wird nämlich gar nicht bis 63 arbeiten können. Dafür müssen die Regelungen der Erwerbsminderungsrente überprüft und gegebenenfalls verbessert werden.

Alterssicherung von Selbstständigen gewährleisten:

Wir brauchen eine Mindestvorsorgepflicht für Selbstständige. Denn auch Selbstständige sollen im Alter nicht der Allgemeinheit zur Last fallen, wenn sie in der Grundsicherung landen. Dabei sollte den Selbstständigen weitgehend überlassen bleiben, wie sie für ihr Alter vorsorgen. Ausnahmeregelungen für Existenzgründer in der Start-up-Phase sind sinnvoll.

Private Altersversorgung ausbauen:

Die kapitalgedeckte Altersvorsorge zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung ist wichtig. Ein Baustein ist die Riesterrente. Diese muss deutlich entbürokratisiert werden: Einkommensdaten sollen automatisch über die Finanzämter erfasst und die Beiträge entsprechend automatisch angepasst werden, ohne dass jährliche Anträge oder Meldungen erforderlich sind. Die Beitragsgarantie sollte entfallen, damit auch Anlageprodukte mit höherer Rendite gewählt werden können. Einen Staatsfonds, eine Aktienrendite oder andere staatliche Kapitalsammelstellen lehnen wir ab, weil der Staat nicht besser ist als die Profis am Markt.

Zuverdienst im Alter attraktiver machen:

Wer neben seiner Rente noch dazuverdienen möchte, sollte dafür nicht bestraft werden. Wir fordern, dass ein steuerfreier Zuverdienst von bis zu 2.500 Euro möglich sein sollte – lediglich

die Sozialbeiträge wären dann noch fällig. Das ist gut für die Rentner, die noch arbeiten wollen und kann gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Zur Arbeitslosenversicherung und zum Bürgergeld

Bürgergeld wieder abschaffen:

Das Bürgergeld ist vom Namen und von der Struktur falsch. Es bietet Fehlanreize zur Nichtarbeit. Es soll zugunsten des bisherigen Systems des Arbeitslosengeldes 2 mit wirksamen Sanktionen und schärferer Vermögensprüfung rückabgewickelt werden. Außerdem sollten arbeitsfähige Empfänger dieser Sozialleistung diese nur über Prepaid-Guthabekarten ausgezahlt bekommen. Wenn sie arbeiten, bekommen sie den Lohn als Barüberweisung.

Arbeitslosengeld I nicht verlängern:

Damit sich Arbeitslosigkeit nicht verfestigt und Anreize zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt bestehen, sollte die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I nicht verlängert werden.

Kurzarbeit kann helfen:

Dank Kurzarbeit konnten in der Corona-Krise Arbeitsplätze gesichert werden. Die Erfahrung aus der Finanzkrise 2008/09 hat gezeigt, dass dank Kurzarbeit auch das Wiederhochfahren der Wirtschaft zügig möglich ist. Damit sollte Kurzarbeit als eine wichtige Leistung der Arbeitslosenversicherung in der Krise zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes erhalten bleiben. Trotzdem sollte das Instrument mit Bedacht eingesetzt werden, da es auch Strukturen erhält, die nicht wettbewerbsfähig sind und Fachkräfte bindet, die womöglich woanders effektiver eingesetzt werden könnten.

Bundesagentur für Arbeit verschlanken:

Die Bundesagentur für Arbeit gehört zu den effizientesten Bundesbehörden. Trotzdem hat sie trotz relativ niedriger Arbeitslosenzahlen einen Stellenzuwachs. Das macht ihre Arbeit teurer, aber nicht besser. Die geringe Arbeitslosenzahl und die Vorteile der Digitalisierung müssen sich auch in geringerer Personalausstattung widerspiegeln.

Zur Krankenversicherung

Duales System erhalten:

Das duale System aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat sich bewährt und muss erhalten bleiben. Privatversicherungen sind Innovationstreiber, wovon auch gesetzlich Versicherte profitieren.

Effizienzen heben:

Allein durch effizientere Verwaltung und die Digitalisierung von Prozessen, könnten Milliardenbeträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung eingespart werden.

Wohnortnahe Versorgung – ja, in jedem Dorf eine Klinik – leider nein:

Die Menschen auf dem Land haben auch einen Anspruch auf wohnortnahe medizinische Notfallversorgung. Dafür muss es aber nicht überall Krankenhäuser geben. Dies ist nicht nur unnötig teuer, sondern auch medizinisch riskant, wenn dort Fälle behandelt werden, für die es in kleinen Kliniken wenig oder keine Erfahrung gibt. Deshalb muss man stärkere Anreize für Landärzte, Praxismgemeinschaften und medizinische Versorgungszentren setzen, im Gegenzug ineffiziente Krankenhäuser mit zu wenig Fachexpertise schließen. Wenn eine Region das Krankenhaus trotzdem erhalten will, muss sie die Finanzierung sicherstellen.

Digitale Patientenakte endlich umsetzen:

Es ist wirklich nicht nachvollziehbar, dass nicht für jeden Patienten die Daten seiner Behandlungen in der Cloud liegen. Der Patient sollte dabei entscheiden dürfen, welcher Arzt oder Apotheker, auf seine Daten Zugriff hat. Das bringt klare medizinische Vorteile und zugleich Kosteneinsparungen, weil es Doppeluntersuchungen vermindert. Alle medizinischen Einrichtungen müssen verpflichtet werden, dieses Digitalisierungsprojekt umzusetzen.

Zur Pflegeversicherung

Nachhaltigkeitsfaktor einführen:

Analog zur Rentenformel muss ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Formel der Pflegeleistungen eingebaut werden. Dieser sorgt dafür, dass die Anpassungen der Pflegeleistungen gedämpft werden, wenn die Zahl der Pflegebedürftigen schneller wächst als die Zahl der Beitragszahler. Eine Vollversicherung oder regelmäßige Anpassung der Pflegeversicherung mit der Wachstumsrate der Löhne ist mittel- und langfristig nicht finanzierbar.

Eigenanteil bleibt:

Eigenanteile sollten weiterhin ein Bestandteil der Finanzierung von Pflegeleistungen sein. So kann verhindert werden, dass die Beitragssätze weiter steigen und die Pflegekosten auch für Menschen übernommen werden, die in der Lage sind, ihre Pflegekosten selbst zu tragen.

Private Vorsorge stärken:

Private Vorsorge soll in Zukunft auch in der Pflege eine größere Rolle spielen. So kann frühzeitig vorgesorgt und damit verhindert werden, dass Personen mit Pflegebedarf durch Eigenanteile finanziell überlastet werden. Das ist gut für die Rentner, die noch

arbeiten wollen und kann gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenwirken. gigen Weg zurück in den Arbeitsmarkt zu finden.

